

**2018/KL/01**

**Beschluss**

**Überweisung an die Landtagsfraktion**

### **Rheinland-Pfälzisches Wohnraum- und Innenstadtschutzgesetz**

Die SPD setzt sich für ein Wohnraumschutzgesetz auf Landesebene nach Hamburgischem Vorbild ein. Die Kommunen sollen rechtlich in die Lage versetzt werden, durch Spekulation herbeigeführten Wohnungsleerstand durch eine temporäre Enteignung der Eigentümer zu bekämpfen. Die Kommune setzt dabei einen Treuhänder „zur Wiederherstellung des Wohnraums für Wohnzwecke“ ein. Dieser kann notwendige Renovierungen auf Kosten des Besitzers beauftragen und die leerstehenden Wohnungen vermieten. Erst danach hält der Eigentümer die Verfügungsgewalt über seinen Besitz zurück und ist dann an die von ihm nicht selbst abgeschlossenen Mietverträge gebunden. Es ist anzustreben, das Gesetz auf leerstehende Gewerbeimmobilien in besonderen Schutzbereichen, z.B. Innenstädte, auszudehnen.

**Überweisen an**

Landtagsfraktion